

SPD

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig

Schließfach 399

Fernsprecher Nr. 2367

spd - Nr. 13 - 20.7.46

Fairness

spd. Wichtige innerpolitische Entscheidungen rücken näher, die Auseinandersetzungen der Parteien nehmen an Schärfe zu. Das gehört zur demokratischen Praxis. Immer wieder muss aber gerade in Deutschland, wo diese demokratische Praxis stets auf schwachen Füßen stand, und wo außerdem in den vergangenen zwölf Jahren schon das Wort Demokratie verpönt war, die Forderung nach politischer Sauberkeit, nach Fairness erhoben werden. Es darf kein Zurückgleiten in die Methoden der Verunglimpfung und Unsachlichkeit geben, die seiner Zeit den demokratischen Gedanken so schwer kompromittierten.

Eine besondere Verantwortung tragen die stärksten Parteien, also die SPD und die CDU. Es wäre sinnlos, weil politisch ganz unfruchtbar, wollte man sich mit jeder einzelnen irgendwo aufgestellten politischen Behauptung der einen oder anderen Partei auseinandersetzen. Aber es ist notwendig, einige grundsätzliche Klärungen zu treffen. Ernst Lemmer, zweiter Vorsitzender der CDU in der Ostzone, hat kürzlich festgestellt, dass ein für alle Zonen verbindliches Programm der CDU noch nicht besteht. So ist bisher von der CDU auch noch keine allgemeingültige These über das Verhältnis dieser Partei zum Sozialismus aufgestellt worden. Jakob Kaiser hat aber in der "Neue Zeit" als wesentliche Aufgabe "eine neue soziale Basis und Gliederung" bezeichnet. Die Gesamtheit des werktätigen Volkes in der Ost-, West- und Südzone verlangt nach einem sozialen Umbau von Grund auf, und er fuhr fort: "Wer das Wort nicht schreckt - und es wäre gut, wenn der Schrecken überwunden würde - der nennt diesen Willen sozialistisch, denn er ist sozial. Wer sich davor fürchtet, suche eine andere Bezeichnung. Wesentlich ist, dass wir, dass die Union, die Notwendigkeit einer geschlossenen sozialen Haltung erkennt."

Das Wort vom "christlichen Sozialismus" findet sich also an dieser Stelle nicht. In anderen CDU-Erklärungen allerdings wird mit dem Begriff "christlicher Sozialismus" operiert und an diese Gegenüberstellung eine unsachliche Polemik geknüpft. Die in diesem Zusammenhang verwandten Begriffe "materialistische Weltanschauung" oder "materialistische Geschichtsauffassung" erhalten nur allzu oft die entstellende negative Deutung einer materiellen Denkungs- und Handlungsweise - natürlich im Gegensatz zu dem ideellen Gehalt des sogenannten "christlichen Sozialismus". Das ist es, was man unter Unfairness zu verstehen hat, denn wer so verfährt, lässt sich bewusst eine Fälschung zuschulden kommen, indem er den politischen Gegner als minderwertig zu diffamieren sucht. Sehr richtig wurde dazu kürzlich

festgestellt, dass man sich sehr wohl zum politischen Christentum bekennen und dabei höchst materialistisch leben kann, ebenso gut wie andere sich zum historischen Materialismus der Marx und Engels bekennen und dabei doch als wahre Idealisten leben und handeln können. Hier wird ohne Zweifel aus dem Begriff des Christentums politisches Kapital geschlagen, eine Art Klassifizierung der Menschen in wertvolle und weniger wertvolle, in innerlich und äusserlich ausgerichtete Menschen vorgenommen, die sicher besteht, ebenso sicher aber auch ohne jede Bindung an Parteigrenzen, so dass keine Partei daraus Sonderrechte für sich ableiten kann.

Ganz ungewiss ist, was die CDU nun für die Praxis aus ihrem Programmpunkt des christlichen Sozialismus für Schlussfolgerungen zu ziehen beabsichtigt. Zunächst jedenfalls liegen kaum Anzeichen dafür vor, dass sie in diesem Punkte an sehr viel mehr denkt, als an eine etwas erweiterte Form des allgemeinen sozialen Gedankens. Man wird also hier besonders genau auf alle weiteren Worte und Taten der Partei zu achten haben. Aufgefallen ist auch, dass in der letzten Zeit mehrfach aus Kreisen der CDU die offenbar bewusst irreführende Behauptung aufgestellt wurde, "die SPD sei gegen das Privateigentum". Mit solchen Behauptungen wird alles, was von massgebender Seite der SPD zur Eigentumsfrage erklärt worden ist, in das gerade Gegenteil des Gesagten verkehrt. Die SPD hat niemals diese Forderung erhoben. Sie lehnt das Privateigentum nur dort ab, wo es sich zu einem ausbeuterischen Monopolkapital entwickelt und wo Privatbesitz gegen die Interessen der Allgemeinheit verwaltet wird.

Will man in der innerpolitischen Auseinandersetzung der nächsten Monate, die in der Wahlvorbereitungszeit besonders intensiv sein wird, wirklich weiter kommen, und zwar nicht allein vom eigenen parteigebundenen Propagandastandpunkt, sondern unter dem Gesichtswinkel einer allgemeinen politischen Begriffsklärung, so wird man auf solche Verstösse gegen den Begriff der politischen Sauberkeit endgültig verzichten müssen.

SPD und Länderreform

spd. Fast so zahlreich wie vor 1933 die Beiträge zum Thema Reichsreform waren sind jetzt wieder die Veröffentlichungen, Vorschläge, Pläne, Memoranden und Denkschriften zu der Frage der künftigen Organisation Deutschlands. Der Parteivorstand der SPD hat die besonders interessierten Mitglieder der Partei zu einer Aussprache über die wichtigsten Fragen der Länderreform zusammengerufen. In lebhafter Aussprache wurden in einer Konferenz, die am 13. Juli in Hannover stattfand, das Für und Wider der einzelnen Vorschläge geprüft. Beschlüsse, die verbindliche Kraft haben, wurden noch nicht gefasst.

Mit polnischen Augen gesehen

Den folgenden Beitrag unseres Mitarbeiters Robert Styra, der ein guter Kenner Polens und der polnischen Verhältnisse ist, übermitteln wir den Redaktionen nur zur Information, nicht zur Veröffentlichung.

In der englischen und amerikanischen Zone erscheinen eine Anzahl polnischer Zeitungen, die, abgesehen davon, dass sie die deutsche offizielle und inoffizielle Öffentlichkeit garnicht beachten kann, auch sonst wenig Beachtung finden. Es ist aber lehrreich, diese Blätter zu lesen, die von jenen Polen geschrieben und gelesen werden, die sich weigern, in ihre befreite Heimat zurückzugehen. Dabei sind sie weder als Nazis belastet, noch als deren Nutzniesser. Freilich haben sie Gründe, nicht in ihre Heimat zu gehen. Ein Artikel, der in Nr. 23 der Zeitung "Pismo Zolnierza" im Juni 1946 erschien, gibt einigen Aufschluss, und es ist für die Beurteilung des polnischen Frage wichtig, die Argumente der in Deutschland weilenden Polen zu kennen. Der Artikel beleuchtet die höchst aktuelle Frage Russland und Polen. Russland habe sich zur Expansion entschlossen, so heisst es darin, und habe der Zusammenarbeit den Rücken gedreht. Die russische Methode sei eindeutig in den von Russland besetzten Ländern zu beobachten: der Wille zur Macht fordere Beeinflussung durch Infiltration. Opposition werde mit der Wurzel ausgerottet. Die sehr intensive Propaganda werde wirkungsvoll durch Gefängnis und Konzentrationslager unterstützt. Wirtschaftlich und politisch sei die von den Russen besetzte Zone abgesperrt; der eiserne Vorhang sei eine Realität.

Daneben gehe die russische Methode an der Peripherie weiter. Die Einflüsse dehnten sich nach Westen, Südost und dem Süden Europas ständig weiter aus. In Persien erreichte Russland sein Ziel und bald werde es den englischen Interessen weiter südlich von Persien entgegen treten.

In Deutschland habe Russland seine Stellung gefestigt und zwar, um Westeuropa zu beunruhigen. Russland werde mit keinem Abkommen zufrieden sein, das seine Macht nicht auf das Mittelmeer stützt.

Im Fernen Osten habe Russland seine Verträge übergangen, sei mit der chinesischen Zentralregierung gebrochen, um den Kommunisten die Macht in der Mandschurei zu geben. Russland sei die einzige Grossmacht, die ihr Territorium erheblich erweiterte und unerhörte Naturreichtümer hinzubekommen habe. Russland unternehme alles, um die Struktur Westeuropas zu zerschlagen. Englands Einfluss in Westeuropas und den den Protektoraten und Kolonien zu untergraben sei das Endziel.

Diese Tatsachen würden nicht weiter diskutiert. Lehrreich werde alles erst, wenn gefragt werde: Warum unternimmt Russland denn diese Dinge? Darauf zu antworten sei nicht leicht: Entweder, so konnte man sagen, la-be Russland der Erfolg dazu verfährt, seine Ansprüche ins masslose zu steigern oder - Russland fürchte sich versuche, strategisch Vorkehrungen zu treffen, um seine Sicherheit zu befestigen.

Kein einsichtiger Kenner zweifele daran, dass Russland den Plan habe, durch militärischen Druck und durch Infiltration seine Macht über die Welt auszudehnen. Die deutsche Expansion sei mit der russischen verwandt gewesen, als Deutschlands Angriffstaktik einsetzte. Bei Russland sei nur die Expansionslust schwerer verständlich, da das gewaltige Land unerhört

reich an Naturschätzen und Rohstoffen sei. Was Russland fehle, das sei die deutsche Fähigkeit zu organisieren und die Technik auf eine unvorstellbare und unübertroffene Höhe zu treiben. Darum könne man sich auch die Russen so schlecht als die Herren der Welt vorstellen. Freilich, gegenwärtig beherrschen die Russen über die Hälfte Europas, was vor wenigen Jahren noch ein unwahrscheinlicher Traum schien.

Das polnische Blatt schildert dann weiter die russische Angst und die Sorge um die Sicherheit des erworbenen Besitzes. Sie habe freilich nur einen Sinn in der strategischen amerikanischen Überlegenheit durch die Atomenergie. Freilich, die Alliierten würden Russland jede territoriale Sicherung gewähren, wenn Russland überhaupt solche Grenzen kennen wollte. Russland kenne solche Grenzen aber nicht und bei jedem neuen Spannungsgehalt, suchten die russischen Augen einen neuen Horizont. Besäße Russland Asien und Europa völlig, dann wächse die Angst vor dem amerikanischen Kontinent. Russland werde anscheinend erst dann ruhig sein, wenn das letzte Potential zu Russlands Gunsten gefallen sei.

Die Polen fordern nun, dass diesem russischen Druck nur Entschlusskraft begegnen könne. Russland müsse ein Halt zugerufen werden, damit es den Plan, die Weltherrschaft zu erringen aufgebe. Es müsse der russischen Kraft militärischer Ausdehnung und politischer Infiltration eine doppelte Abwehr gegenüber treten, die sich auf die militärische Stärke der Westmächte und auf den Kampf gegen das böse kommunistische Vorurteil richte. Schwäche führe zu weiteren Positionsverlusten, bis niemand mehr in der Lage sein werde, Widerstand zu leisten.

Mit Nachdruck weisen die Polen auf die Arbeit der 5. Kolonne hin, die sei 1938 eine propagandistische wichtige Rolle gespielt habe. Die Polen meinen, dass das persische Beispiel ein klassisches Beispiel für Westeuropa sei. Wo der Kommunismus erscheine, da hätten die Erscheinungen grosse Ähnlichkeit mit dem Nationalsozialismus. Die Methoden seien gleich: Verfolgung der Freiheit, Beseitigung der Gedankenfreiheit, erbarmungslose Ausrottung der Opposition, Abschaffung der Menschenrechte - kurz, Sieg der totalitären Idee ... Entgegenwirken könnten nur die liberalen Anschauungen oder die sozialistische Beseitigung aller Privilegien.

Der Artikel betont dann, dass der Kreml dem Kriege ausweichen wolle, so wie das die anderen Völker auch wollten. Aber Moskau sei zur Zeit schwächer als Amerika und England. Russland wisse das auch. Aber der Krieg werde unvermeidbar sein in dem Augenblick, in dem Russland sich stark genug vorbereitet haben werde. Russland warte nicht, bis man ihm bestimmte Dinge erlaube. Es verwirkliche seine Pläne ganz systematisch. Auf die Zusammenarbeit mit Russland zu warten sei müßig. Die Bremse, die Europa sich selber anlegte, müsse gelockert werden, um die eigenen Interessen vorwärts zu bringen. Was Russland dabei denke, dürfe nicht mehr interessieren.

Diese polnische Stimme, offen, schonungslos und ungestört in den Kreisen der Emigration geäußert, zeigt, warum die Polen nicht in die Heimat wollen. Sie zeigt aber auch, dass die Polen in ihren Reihen, unbeobachtet und frei, einen Widerstand organisieren, der sich nicht waffentechnisch auswirkt, der aber doch für die Geisteshaltung bezeichnend ist, die ja alle Exilpolen seit 1939 entwickelt haben.

Der Überdemokrat

Von Glossator

Ganz klar, wir sind in Deutschland, und Hundertzehnprozentige hat es dort immer gegeben. Vor den Nazis, bei den Nazis und jetzt.

Man könnte vielleicht denken, der Zweck dieser Geschichte heilige ihre Konstruktion. aber nein, sie hat sich tatsächlich ereignet. Vor wenigen Tagen ...

Die Sonne schien, der Himmel war blau, ein friedlicher Vormittag. Man war geneigt, nicht an die Rationen zu denken - so schön war es.

An der Stelle, wo die Strassenbahn mich immer mitnimmt, wenn sie kommt und falls sie nicht besetzt ist, gab es eine Sensation zwischen Trümmern. Aus dem Hochparterre eines der Häuser, das am wenigsten je bewohnbar zu machen schien, drang Musik. Nicht aus dem Lautsprecher, sondern es war ein Klavier, aus dem Menschenhände Töne lockten. Keiner hätte das hier vermutet, weder die Menschen noch ein Instrument.

Eine leise weibliche Stimme zählte drinnen die Schläge des Taktes, eines Viervierteltaktes übrigens. Denn gespielt wurde der Militärmarsch Nr. 11 von Schubert - vierhändig.

Es war so schön, dass man nicht nur die Rationen, sondern auch die Strassenbahn vergass.

1-2-3-4.... hm-ta-hm-ta--- die dunklen und hellen Töne ergänzten sich, marschierten aufeinander zu, entfernten sich voneinander- es war wie ein Stehschritt der Zinnsoldaten, zu denen Andersen sein weltberühmtes Märchen schrieb.

"Ich liesse meine Kinder keine Märsche mehr spielen", sagte da eine Stimme, denn ich wartete nicht allein auf die Strassenbahn. "In dem Alter fängt's an, und 15 Jahre später geht's im gleichen Tritt in den Krieg..."

Nein, wirklich, es ist keine Erfindung, dieser Mensch hat das tatsächlich gesagt.

Und das war der Über-Demokrat, der einmal etwas hat läuten hören, ohne es richtig zu verdauen. Der in die militärische Erziehung und ihre schrecklichen Folgen ohne mit der Wimper zu zucken Schubert, Verdi und viele andere einbezieht, nur weil sie auch Musik im Marschrhythmus komponiert haben. Derselbe Über-Demokrat, der den "Cornet" von Rilke "ablehnt", bloss weil er ein "militärisches Sujet" hat (vor kurzem in Berlin aufgetaucht.).

Als die beiden im Hochparterre ausgespielt hatten, sagte ich in Gedanken versunken so etwas wie "bravo" oder "herrlich", aber es tut mir jetzt leid, denn die Klavierspieler haben es bestimmt nicht gehört, dafür hat das der Über-Demokrat vielleicht auf sich bezogen.

Die Frau arbeitet mit

spd. In der Sozialdemokratischen Partei hat die Frau in der praktischen politischen Arbeit immer eine besondere Rolle gespielt, in der sie eine weit grössere Bedeutung gewann als die Frau in irgendeiner anderen politischen Partei Deutschlands. Die Zugehörigkeit einer Frau zu den Vorständen, zu den Ortsvereinen, Bezirken oder für die Gesamtpartei war in der SPD niemals nur eine Zufälligkeit oder eine mühevoll konstruierte, sondern die Mitarbeit der Frauen war stets so lebhaft, dass bei den Wahlen zu den führenden Körperschaften der Partei in völliger Gleichberechtigung die Genossin neben dem Genossen stand. Diese Erscheinung hat ihren Grund in der Theorie der sozialdemokratischen Politik und vor allem in der These der Gleichberechtigung der Geschlechter und des gleichen Rechtes aller, die Menschenatmiz tragen.

Die Mitarbeit der Frauen, die auch nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus wieder in vollem Umfange eingesetzt hat, wird in der SPD durch Errichtung eines Frauensekretariats im Parteivorstand in Hannover besonders gefördert werden, zumal eine besonders erfahrene Sozialistin, Herta Gotthelf, die Leitung des Sekretariats übernehmen wird. Frau Gotthelf war vor 1933 Redakteurin der Zeitschrift "Die Genossin". Sie ging in die Emigration und kehrte jetzt aus England zurück, um ihre Arbeit in Hannover aufzunehmen.

- - - - -

Ein vielseitiger Mensch

spd. Der frühere Direktor der preussischen Landesturnanstalt in Spandau und Nationalistischer Jugendführer der deutschen Turnerschaft Dr. Neuendorf ist in seinen alten Tagen Pastor geworden. Wer den Mann näher gekannt hat, wird von diesem ungewöhnlichen Schritt nicht überrascht sein. Dr. Neuendorf war ein Hans Dampf in allen Gassen. Er hielt es mit allen, selbst mit den "Marxisten", wenn es ihm in den Kram passte. Mit jedem band er streitsüchtig an, wenn die Laune es ihm eingab. Bei den Nazis machte er zuerst begeistert mit, zog dann aber plötzlich gegen sie vom Leder und wurde von dem verflissenen Reichssportführer von Tschammer kaltgestellt. Damit war seiner Tätigkeit im Nazisport ein Ende bereitet und sein unsteter Geist musste nach einer anderen Betätigung suchen. Er studierte in seinen alten Tagen noch Theologie und so ist er, fast 70-jährig, bei der Kirche gelandet.

Nach Goethe könnte ein Komödiant einen Pfarrer lehren. Dass auch ein Komödiant selbst Pfarrer werden konnte, hat Goethe gewiss nicht geahnt.

- - - - -

Für Herausgabe und Inhalt verantwortlich: Fritz Säger, Braunschweig